

Gesine Oltmanns (Stiftung Friedliche Revolution)

Leipzig, Mai 2021

In den Kanon der Sachverständigen möchte ich mich mit einer Leipziger Stimme einbringen.

Die Stiftung Friedliche Revolution, die ich hier als Vorstand vertreten darf, sieht seit ihrer Gründung im Jahr 2009 durch Bürgerinnen und Bürger aus Ost und West ihre Aufgabe u.a. in der politisch-historischen Bildung im Kontext der Friedlichen Revolution von 1989/90. Dies allerdings nicht museal oder archivisch, sondern in der Vergegenwärtigung der zielführenden, demokratischen Impulse dieser Freiheits- und Demokratiebewegung. Die Brücke von der Vergangenheit in Gegenwart und Zukunft mit ihren jeweils eigenen Herausforderungen zu schlagen, sieht die Stiftung Friedliche Revolution als wichtigen Beitrag für die Stabilisierung unserer demokratischen Gesellschaft.

Wir begrüßen den vorgeschlagenen Gesetzentwurf sehr. Er zeigt uns den Willen, Orte der Demokratiegeschichte in ganz Deutschland, bedeutende und weniger bekannte, in einem Netzwerk zu verbinden. Er ist auch Ausdruck des Bemühens, die deutsche Geschichte als gemeinsame zu erfassen und zu beschreiben. Dass wir uns in diesem Gesetz und in seiner Rahmenkonzeption als Ostdeutsche gut aufgehoben fühlen wollen, lässt mich aus der sächsischen „Provinz“ das Wort ergreifen, denn der Gesetzentwurf reduziert Geschichte und bringt vor allem eine westdeutsche Sicht ein.

Erinnerung ist immer auch an das Wissen über mutige Menschen und ihre Handlungen aber sie ist auch an Orte gebunden. Diese Orte der Demokratie sind zu stärken und ins Bewusstsein der Deutschen zu heben. Dabei muss es zuerst um die Revolutionen und Aufstände gegen Tyrannei, Unterdrückung, für Demokratie und Freiheit gehen. Es bietet sich daher an, hier die in ihren Zielen gescheiterte Revolution von 1848/49 und die erfolgreiche von 1989/1990 in den Blick zu nehmen. Beide Revolutionen hängen inhaltlich und nationalgeschichtlich eng zusammen.

Ein Gesetz, das sich vor allem auf Orte im Westen und im 19. Jahrhundert bezieht, würde den Ostdeutschen, die 1989/90 gegen die Diktatur kämpften, möglicherweise wieder einmal zeigen, dass ihre historische Leistung nicht wirklich anerkannt wird. Angesichts der Versuche von rechtsradikalen und rechtspopulistischen Kreisen, sich die Friedliche Revolution anzueignen, wäre dies fatal.

In der Rahmenkonzeption zum Gesetzentwurf gehören deshalb nach unserer Auffassung von Anfang an auch die Orte der Friedlichen Revolution genannt. Es reicht nicht aus, damit zu vertrösten, dass diese noch später berücksichtigt werden sollen. Das Rahmenkonzept erfasst unter IV/2. inzwischen das Thema allgemein, nennt auch einzelne Orte, aber die Benennung des entscheidenden Leipziger Ortes der Revolution, der Nikolaikirche, fehlt unter den Schwerpunkten des Bundesengagements in der Auflistung.

Unser Bundespräsident stellte in seiner Rede am 3. Oktober 2020 klar: „Wenn es so ist, dass uns die Friedliche Revolution auch heute Ermutigung sein kann, dann schaffen wir doch eine Stätte, die an diesen Mut erinnert! ... Das wäre auch ein Ort, der an die vielen Unbekannten und Bekannten erinnert, die der Staatsmacht mutig mit Kerzen in den Händen entgegen getreten sind.... Ein Ort, der die Geschichte der Friedlichen Revolution weitererzählt. Ein Ort des Austausches und Nachdenkens darüber, wie wir wurden, was wir sind und was andere daraus lernen können.“

Diese Worte wurden in Leipzig mit großer Aufmerksamkeit gehört. Sie sprachen uns aus der Seele. Es wird hier, und so ist es auch im Rahmenkonzept zu lesen, in Leipzig ein Pendant zum Berliner Freiheits- und Einheitsdenkmal geben. So hat es der Bundestag beschlossen und wir sind als Stiftung Friedliche Revolution zivilgesellschaftlicher Partner der Stadt Leipzig, um den Prozess dafür voran zu treiben. Es wird in Leipzig und auch das steht im Rahmenkonzept, am Erinnerungsort der 1989 besetzten Bezirksverwaltung der Staatssicherheit, der „Runden Ecke“, ein neues Zentrum mit den sächsischen Akten des MfS und einer erneuerten Gedenkstätte geben. Das wird verbunden sein mit weiteren Akteuren der politischen und historischen Bildung, wie zum Beispiel auch mit unserer Stiftung. Das ist gut so. Es ist ein Ort der Repressions-Geschichte, der Unterdrückung und

Überwachung, aber auch dessen Überwindung, der hier zu einem neuen Forum entwickelt wird.

Aber Leipzig kann den Bogen viel weiter spannen und ein Bild entwickeln, das genau dem entspricht, das Frank Walter Steinmeier entwirft. In Leipzig gibt es ein dichtes Ensemble von Erinnerungsorten:

Orte des Widerstandes „**Nikolaikirche mit Nikolaikirchhof**“,
der Demokratie-Bewegung auf der Straße „**Leipziger Ring**“,
bis hin zum Finale der Diktatur durch die Besetzung der „**Runden Ecke**“.

Als Ort des Widerstandes gegen die kommunistische Diktatur ist Leipzig weltbekannt. Leipzig steht beispielhaft für all die Städte und Gemeinden im gesamten Ostdeutschland und auch für den Osten Berlins, die die Bewegung des Herbstes und Winters 1989/90 voran und zum Ziel, der Errichtung einer demokratischen Grundordnung, brachten. Es ist gut und richtig, diese vielen Orte in der AG Demokratieorte zu verbinden. Dennoch sollte im Rahmenkonzept zum Gesetzentwurf Leipzig mit Nikolaikirche, Nikolaikirchhof, Innenstadtring und „Runder Ecke“ herausgehoben benannt werden.

In der **Nikolaikirche** fanden seit 1982 jeden Montag die Friedensgebete statt. Einer damaligen Initiative junger Leute folgend führt die Nikolaikirche diese Friedensgebete durch alle Zeiten bis heute fort... jeden Montag, 17 Uhr. Diese politischen Gebete waren Aktionsfläche der Leipziger Oppositionsgruppen, die sich unter kirchlichem Dach zusammen fanden. In Leipzig waren das 1989 ca. 30 Gruppen, die sich mit diversen Widerstandsthemen beschäftigten. Der kirchliche Raum jedoch wurde verschiedenen Gruppen zu eng und sie begannen ab 1988 zunehmend nach den Friedensgebeten auf dem **Nikolaikirchhof** zu agieren. Sie gingen in den öffentlichen Raum, fanden neue Formen, ihren Protest mit Reden, Plakataktionen und Demonstrationen öffentlich sichtbar werden zu lassen. Der Nikolaikirchhof war dafür der allerwichtigste Ort. Die Bilder vom 4. September 1989, als wir mit unseren Transparenten demokratische Grundrechte und ein „Offenes Land mit freien Menschen“ forderten, gingen durch die Westmedien und strahlten zurück, in ein rumorendes Land. Auf dem Nikolaikirchhof war bis zum 7. Oktober 1989 die

Repression des SED-Staates sichtbar. Verhaftungen, Zuführungen... all das gehörte zum Bild von Kirche und Kirchhof im Jahr 1989, genauso wie das Blumen- und Kerzenmeer der Solidarität mit den Inhaftierten in den Septemberwochen 89 an den Außengittern der Kirchenfenster und auf dem Gehweg davor.

Ab dem 4. September wuchs jede Woche die Menge der sich versammelnden Menschen auf dem Nikolaikirchhof. Von hier brachen die Demonstrierenden gemeinsam auf, über den Augustusplatz auf den Ring, der die gesamte Leipziger Innenstadt umschließt. Die **Montagsdemonstrationen auf dem Leipziger Ring**, die Bilder vom alles entscheidenden 9. Oktober 1989 sind weltbekannt und Symbol für den Aufbruch bis hin zum Finale am 4. Dezember 1989, als auch die entscheidende Trutzburg der SED-Diktatur, die **„Runde Ecke“** am Leipziger Ring fiel. Die protestierenden Menschen liefen trotzdem weiter, jeden Montag auf „ihrem Ring“ bis zu den ersten freien demokratischen Wahlen ihres Lebens für die Volkskammer am 18. März 1990.

Dieses Ensemble in Leipzig, das jüngste Demokratiegeschichte im positivsten Sinne nämlich dem einer gelungenen und gewaltfreien Revolution dokumentiert und sichtbar werden lässt, verlangt eine der Bedeutung entsprechende Darstellung im Rahmenkonzept der neuen Bundesstiftung „Orte deutscher Demokratiegeschichte“. Die Nikolaikirche und Nikolaikirchhof sind in diesem Ensemble der zentrale Ausgangsort. Sie spiegeln in so herausragender Weise die positiven Erfolge des Einsatzes für Freiheit und Demokratie, dass sie ihren Platz an der Seite der herausgehobenen Orte, wie der Frankfurter Paulskirche, finden sollten. Frankfurt und Leipzig, die zwei vielschichtig verbundenen Städte, mit ihrem bürgerlichen Freiheitssinn und bürgerlicher Eigeninitiative, sollten stärker als bisher auf einander verweisen.

Die Nikolaikirche ist durch ihren Weltruhm Magnet für internationale Touristen. Der Nikolaikirchhof ist derzeit zwar mit einem Ensemble von künstlerischen Erinnerungsformen (Säule, Brunnen, leuchtende Pflastersteinen) ausgestattet, aber keines ist davon annähernd in der Lage, „Geschichte weiter zu erzählen“, wie es Steinmeier fordert. Hier muss dringend ein informativer Ort entstehen. Dafür ist die wissenschaftliche Begleitung durch die Stiftung Haus der Geschichte der

Bundesrepublik Deutschland mit ihrem Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig, mit dem Thema Diktatur und Demokratie nach 1945, eine große Chance.

In jedem Jahr wird in Leipzig der 9. Oktober als städtischer Feiertag würdig begangen. Im Zentrum steht hier der Dreiklang aus Friedensgebet und Rede zur Demokratie in der Nikolaikirche und dem Lichtfest auf dem Nikolaikirchhof/Augustusplatz und dem Leipziger Ring. Besonders die in breiter Öffentlichkeit rezipierte „Rede zur Demokratie“ zeigt die Bereitschaft zu Diskurs und Auseinandersetzung in Leipzig. In nunmehr zwanzig Jahren fanden viele besonders renommierte Persönlichkeiten hier ihr Podium. Das abendliche Lichtfest ist der Stadtgesellschaft und ihrem Gedenken an den 9. Oktober 1989 als „Tag der Entscheidung“ gewidmet. In diesem Sinne möchte das Lichtfest würdigend und generationenverbindend wirken.

Auch nach 1989 und fortwährend bleiben Nikolaikirche und Nikolaikirchhof Synonyme für thematischen Protest, denkt man nur an den Herbst 2019, als die Jugendlichen von „Fridays for Future“ die Nikolaikirche mit ihren Transparenten umhüllten, bis hin zu den gegenwärtigen Mahnwachen für die belarussische Opposition und ihre politischen Gefangenen.

Auf dem Nikolaikirchhof ging und geht es immer um „Demokratie-Zukunft“. Ein demokratisches und freies Geschichtsbild sowie ein entsprechendes Geschichtsverständnis sind Voraussetzungen politischer Gestaltung - weitaufgefächert im Rahmen des vereinten Europas. Der Staat kann die hiermit verbundenen Diskussionen nicht führen, er kann aber den institutionellen Rahmen für sie und die finanziellen Bedingungen schaffen. Das sollte mit der „Stiftung Orte der deutschen Demokratieggeschichte“ geschehen. Die Orte der Friedlichen Revolution gehören dazu und Leipzig sollte hier eine herausragende Rolle spielen.